

Wie versuchen Islamist:innen neue Mitglieder zu gewinnen?

Islamist:innen versuchen, sowohl über persönliche Begegnungen als auch online neue Sympathisant:innen zu gewinnen. Dabei versuchen sie, verschiedene Social-Media-Plattformen parallel zu bedienen, um möglichen Einschränkungen zu entgehen und verschiedene Altersgruppen anzusprechen. Teilweise produzieren islamistische Organisationen aufwendige und professionell erscheinende Propagandavideos für ihre Social-Media-Kanäle, um Aufmerksamkeit zu erregen und ihre Ideologien zu verbreiten.

Islamistische Einzelpersonen wiederum geben mittels einfach produzierter und zum Teil kurzer Videos ihre Botschaften niedrigschwellig an ihre oft sehr junge Anhängerschaft weiter. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene sind die Zielgruppen von Islamist:innen, da sie sich aufgrund ihres Alters möglicherweise auf einer Identitätssuche befinden und islamistische Inhalte nicht direkt als solche einordnen können.

Daneben gibt es Anwerbeversuche von Islamist:innen im realweltlichen Bereich, zum Beispiel über öffentliche Protestaktionen, Infostände oder sogenannte Islamseminare. Hierbei passen sie ihre Propaganda an ihre jeweiligen Zielgruppen (Frauen, Männer, Jugendliche, Kinder) an. Ihnen versprechen sie zumeist eine bessere Welt unter ihren Vorstellungen von religiöser Herrschaft.



Anhängerinnen der in Deutschland verbotenen Terrororganisation „Hizb Allah“

Was mache ich, wenn sich jemand in meiner Umgebung möglicherweise radikalisiert?

Verdächtige Wahrnehmungen können dem Landesamt für Verfassungsschutz Bremen (LfV) über die E-Mail-Adresse

office@lfv.bremen.de

mitgeteilt werden.

Selbstverständlich können Ihre Hinweise auch vertraulich behandelt werden. Der Verfassungsschutz unterliegt, anders als Polizei und Staatsanwaltschaft, keinem Strafverfolgungszwang.

Das LfV arbeitet eng mit den bremischen Präventionsangeboten im Kontext von Extremismus zusammen und kann bei Bedarf weitervermitteln.

Wo finde ich weiterführende Informationen zum Thema Islamismus?

Detaillierte Informationen finden sich im Bremer Verfassungsschutzbericht unter:

www.verfassungsschutz.bremen.de

Des Weiteren steht das Landesamt für Verfassungsschutz für Rückfragen und Vortragsanfragen unter folgenden Kontaktdaten zur Verfügung:

Telefon: 0421 53 77-0

E-Mail: office@lfv.bremen.de

V.i.S.d.P.:

Der Senator für Inneres und Sport
Landesamt für Verfassungsschutz
Contrescarpe 22-24
28203 Bremen

Fotos: LfV, picture alliance

Druck: AlsterWerk MedienService GmbH, Hamburg



ISLAMISMUS

THEMENHEFT VOM LANDESAMT
FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

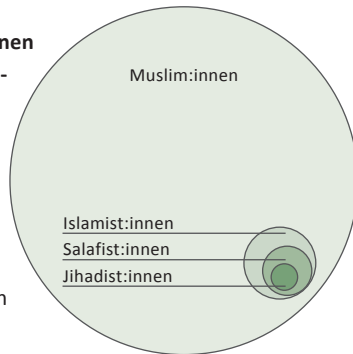
Was ist Islamismus?

Beim Islamismus handelt es sich um eine Form des **religiös begründeten Extremismus**. Islamist:innen berufen sich auf Symbole, Begriffe und Konzepte aus dem Islam, um ihre antidemokratischen politischen Ziele religiös zu legitimieren. Dabei behaupten sie, im göttlichen Auftrag zu handeln und verschleiern damit, dass sie nur ihre jeweilige, zumeist **einseitige und undifferenzierte Interpretation** der Religion umzusetzen versuchen. Die Bezugnahme auf Gott ist ein wichtiges Unterscheidungskriterium zu anderen extremistischen Ideologien, wie dem Rechts- oder Linksextremismus.

Wie sind Islam und Islamismus voneinander abzugrenzen?

Die **Religionsfreiheit** ist ein integraler Bestandteil des Grundgesetzes, dessen Verteidigung Aufgabe des Verfassungsschutzes ist. Sich zum Islam bekennen zu können, ohne dafür benachteiligt zu werden, ist grundrechtlich geschützt. Vielmehr kommt es auf die konkrete Auslegung der Religion an.

Die **allermeisten Muslim:innen weltweit sind keine Islamisten** und lehnen deren extremistische Interpretation der Religion ab. Islamist:innen behaupten, dass alle Bereiche des menschlichen Lebens von der Religion bestimmt werden müssen.



Dies schließt auch die Sphären von Gesetzgebung und politischer Ordnung mit ein. Gleichwohl ist politisches Engagement aus religiöser Perspektive keineswegs grundsätzlich verfassungsfeindlich, sondern von der Religionsfreiheit gedeckt.

Erst wenn versucht wird, ein **Religionsverständnis durchzusetzen**, welches dem Grundgesetz und der darin definierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung **widerspricht**, handelt es sich um eine sogenannte extremistische Bestrebung, die der Beobachtung durch den Verfassungsschutz unterliegt.

Welche Strömungen gibt es im Islamismus?

Unter den Begriff „**Islamistischer Terrorismus**“ fallen alle Strömungen, die Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele befürworten und anwenden. Unterschieden werden kann zwischen Organisationen, die ausschließlich in ihren Heimatländern einen bewaffneten Kampf führen (z. B. „Hizb Allah“) und den salafistischen Jihadist:innen, die weltweit gewalttätig agieren (z. B. „al-Qaida“).

Der Begriff „**Legalistischer Islamismus**“ beschreibt hingegen Organisationen, die eine Veränderung der Staats- und Gesellschaftsordnung zugunsten eines islamistischen Staatswesens über die politische Einflussnahme anstreben. Sie lehnen Gewalt ab und bewegen sich im hiesigen Rechtsrahmen, den sie jedoch langfristig zu unterwandern und abzuschaffen versuchen (z. B. die „Muslimbruderschaft“).



In Deutschland verbotene Flagge des sogenannten Islamischen Staates (IS)

Was genau ist die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ und inwiefern verstößt der Islamismus dagegen?

Die im **Grundgesetz** verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) umfasst die zentralen, für den demokratischen Verfassungsstaat konstituierenden Grundprinzipien. Hierzu gehören die Garantie der Menschenwürde, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip.



1. Garantie der Menschenwürde

Islamist:innen sehen alle andersdenkenden Menschen, egal ob Muslim:innen oder Nicht-Muslim:innen, **nicht als gleichwertig** an. In einem islamistischen Staat hätten auch Frauen weniger Rechte. Zentrale Aspekte der von Islamist:innen angestrebten Rechtsordnung **widersprechen der Menschenwürde**, etwa Körperstrafen für strafrechtliche Vergehen.

2. Demokratieprinzip

Ein Teil des islamistischen Spektrums will den Verfassungsstaat und seine Organe gänzlich durch ein sogenanntes „**Kalifat**“ ersetzen. In diesem würden zentrale Elemente einer Demokratie wie Parlamente, Wahlen und Parteien abgeschafft werden. Andere Strömungen versuchen die bestehenden **demokratischen Strukturen zu unterwandern** und im Sinne ihrer Ideologie zu beeinflussen.

3. Rechtsstaatsprinzip

Islamist:innen negieren die Legitimität menschengemachter Gesetze und propagieren stattdessen die Implementierung zeitlos gültiger „göttlicher“ Gesetze. Islamistische Terrorist:innen verletzen darüber hinaus mit Anschlägen und Anschlagversuchen das Gewaltmonopol des Staates.